

Spaniens unblutiger Übergang von der Diktatur zur Demokratie hatte einen hohen Preis: Die Verbrechen des Bürgerkriegs und des Franco-Regimes wurden weder geahndet noch thematisiert. Erst heute, fast dreißig Jahre nach dem Tod des Diktators, stellt sich das Land seiner Vergangenheit.

Walther L. Bernecker

Spaniens Übergang von der Diktatur zur Demokratie

Deutungen, Revisionen, Vergangenheitsaufarbeitung

Bis vor ungefähr zehn Jahren galt die spanische Transition als modellhaft, ja geradezu als ein Exportgut, das den lateinamerikanischen Ländern nach dem Ende der Militärdiktaturen ebenso wie Südafrika nach der Apartheid und den ehemals kommunistischen Staaten im Übergang zu liberal-demokratischen Systemen anempfohlen wurde. Inzwischen häufen sich allerdings die kritischen Stimmen; ein Teil nicht nur des historiographischen, sondern auch und vor allem des gesellschaftlichen Diskurses zu diesem Thema soll im folgenden vorgestellt werden.

Charakteristika der Transition

Was versteht man unter der spanischen Transition? Gemeint ist jener im wesentlichen gewaltfreie Übergang vom autoritären Franco-Regime zur liberal-parlamentarischen Monarchie nach Francos Tod 1975, dessen Ergebnis der heutige demokratische Rechtsstaat Spanien ist. Das Besondere des Regimewandels bestand darin, daß er unter der Leitung und Kontrolle der franquistischen Institutionen und eines Teils der in ihnen vorherrschenden politischen Elite durchgeführt wurde; er vollzog sich formal innerhalb der von Franco errichteten Legalität und brach nicht mit dem autoritären Verfassungsrecht des Franquismus – was wohl der wesentliche Grund dafür war, daß die Streitkräfte nicht eingriffen, sondern die Veränderungen akzeptierten –, stellte inhaltlich aber keine Reform des franquistischen Systems, sondern – unter Bruch mit den Strukturprinzipien des franquistischen Staates – dessen Ersetzung durch eine neue, auf demokratischen Prinzipien basierende Regierungsform dar.

Der Tod Francos bedeutete noch nicht das Ende des Franquismus, war aber Katalysator der folgenden Reformentwicklungen. In seiner Thronrede am 22. November 1975 kündigte König Juan Carlos I. eine Öffnung und Demokratisierung des politischen Systems an; dieses Programm wurde dann in der Regierungserklärung von Dezember 1975 konkretisiert (Reform der repräsentativen Institutionen, Gewährung des Vereinigungsrechts, Ausweitung der Freiheiten und Rechte der Bürger), machte in der ersten Hälfte des Jahres 1976 jedoch unter der noch stark dem alten System verpflichteten Führung des altfranquistischen Ministerpräsidenten Carlos Arias Navarro nur geringe Fortschritte. Die

VZ 4/2004 © Oldenbourg 2004

Frage, die sich für die politisch Verantwortlichen stellte, lautete: Bruch mit dem Franquismus, wie es die Opposition forderte, oder Kontinuität bei unwesentlichen Korrekturen am System, was die Rechte erstrebte? Die schließlich gefundene Lösung verzichtete auf die abrupte Demontage des Franco-Systems, setzte statt dessen auf den langsamen Wandel, auf das Aushandeln von Änderungen, auf den „paktierten“ Übergang (*transición/ruptura pactada*). Die *Transición* erfolgte als Reform; ihre Originalität bestand darin, daß sie politisch auf dem Weg der Verhandlung zwischen Regierung und Vertretern des alten Regimes und den Kräften der demokratischen Opposition zustande kam, während man sich verfassungsrechtlich an die in den franquistischen „Grundgesetzen“ für deren Revision vorgesehenen Mechanismen hielt, so daß die franquistische Legalität für ihre eigene Ersetzung durch eine neue, demokratische Legalität instrumentalisiert wurde.

Die erste, entscheidende Maßnahme im Prozeß des Übergangs war die Ablösung von Arias Navarro durch Adolfo Suárez im Amt des Ministerpräsidenten im Juli 1976. Suárez' Strategie, die bereits im „Projekt für die politische Reform“ vom September 1976 zum Ausdruck kam, war dualer Art: Einerseits wollte er die erforderliche Unterstützung seitens der Franquisten für die geplanten, als „Reform“ dargestellten Änderungen erwirken, andererseits zielte er auf die Duldung des inhaltlich als „Bruch“ apostrophierten Prozesses seitens der demokratischen Opposition ab. Die Dialektik Reform/Bruch begleitete denn auch die gesamte Übergangsphase, deren Erfolg darin bestand, einen breiten Konsens für die mal so und mal so akzentuierte Transition erreicht zu haben.

Die hier nur cursorisch vorgestellte Transition ist längst Gegenstand zeitgeschichtlicher Forschungen geworden. In der Historiographie zu diesem Thema läßt sich ein dominierender Diskurs feststellen: Die Transition wird zumeist als modellhaft und historischer Erfolg dargestellt. Das Ergebnis sei eine funktionierende parlamentarische Demokratie, der Abbau sozialer Ungleichheiten, der Aufbau eines Wohlfahrtsstaates, die weitgehende Trennung von Kirche und Staat, die Lösung des chronischen Militärproblems, die Beendigung der Isolierung Spaniens und die Integration des Landes in die supranationalen Strukturen des Westens gewesen.

Der Soziologe Victor Pérez Díaz beispielsweise hat darauf verwiesen, daß die neue spanische Demokratie ihre Symbole, Riten und Ikonen weder aus der Francozeit noch aus der – zumeist kritisch interpretierten, da gescheiterten – Zweiten Republik der dreißiger Jahre beziehen konnte. Daher seien neue Symbole erforderlich geworden: das Bild der nationalen Versöhnung, der volkstümlichen Monarchie, der Verfassung für alle politischen Lager und der erfolgreichen Transition¹. Da diese Bilder der Legitimierung der jetzigen Staats- und Regierungsform dienten, erkläre sich auch die überwiegend positive Zeitgeschichtsschreibung zum Übergang vom autoritären System in die Demokratie.

¹ Vgl. Victor Pérez Díaz, *La emergencia de la España democrática. La invención de una tradición y la dudosa institucionalización de una democracia*, Madrid (CEACS Working Paper 18, Instituto Juan March) 1991.

Kritische Aspekte der Transition

Diese Deutung wird nur vereinzelt von kritischen Stimmen gebrochen. Zu den frühesten Kritikern zählte Gregorio Morán, der eine ambivalente Suárez-Biographie veröffentlichte und sich dann in einer vieldiskutierten Studie der Frage nach dem „Preis“ der Transition zuwandte². Ein zentraler Aspekt seiner Argumentation war der Verweis auf das Verdrängen der historischen Erinnerung: Der hochgelobte gesellschaftliche „Konsens“ der Übergangszeit sei mit einem Verschweigen der Vergangenheit, einer Tabuisierung der franquistischen Verbrechen erkaufte worden. In der Tat kam es in Spanien weder zu einer juristischen Ahndung der Schandtaten der Diktatur, noch zu einer breiten gesellschaftlichen Diskussion über die Verstrickung einzelner in die Diktatur. An vielen Orten überlebte sogar das franquistische Symbolsystem, das die Spanier viele Jahre lang daran erinnerte, daß die politische Reform aus einem Pakt hervorgegangen war, der innerhalb der autoritären Institutionen ausgearbeitet worden war und schließlich zum „Übergang in die Demokratie“ geführt hatte. Diesem Übergangscharakter entsprechend gingen die Streitkräfte sowie alle anderen staatlichen Instanzen ohne jegliche Art von Säuberung von der Diktatur in den Postfranquismus über.

Diese Tatsache hat einen tiefen Schatten auf jene Bereiche der Vergangenheit geworfen, die Pierre Nora „Orte des Gedächtnisses“ genannt hat. Die Transition stellte eine Art Ehrenabkommen dar, das die Franquisten für die Übergabe der Macht mit einer kollektiven Amnesie belohnte. Beschränkte sich das offizielle Vergessen und Verdrängen zunächst nur auf den Bürgerkrieg, so wurde es später – Morán zufolge – auf die Repression im Franquismus ausgedehnt. Wer sich auf die Geschehnisse der jüngsten Vergangenheit berief, wirkte angeblich destabilisierend, gefährdete das fragile Gleichgewicht der noch jungen Demokratie und störte den gesellschaftlichen und politischen Konsens der Übergangszeit. Übereinstimmung wurde schnell auch hinsichtlich der aus der Bürgerkriegserfahrung zu ziehenden Lehren erzielt: Der Krieg wurde als kollektive Tragödie dargestellt, die sich nie wiederholen dürfe. Aus dieser Deutung ergab sich die zwingende Notwendigkeit einer inneren Aussöhnung der seit dem Bürgerkrieg gespaltenen spanischen Gesellschaft; diese Aussöhnung bedeutete zugleich die „Bewältigung“ des Krieges und ermöglichte die friedliche Demokratisierung. Der Bürgerkrieg wurde als abschreckendes Beispiel immer dann beschworen, wenn die Angst vor inneren Unruhen akut wurde. Insofern kann man von einer klaren Funktionalisierung der Bürgerkriegserinnerung im Dienste einer bestimmten Demokratisierungsstrategie sprechen.

In den neunziger Jahren ließen sich vermehrt kritische Stimmen vernehmen, denen zufolge die Mängel der spanischen Demokratie ihren Ursprung in der besonderen Art des demokratischen Übergangs hätten. Josep M. Colomer etwa verwies auf die Abhängigkeit der Rechtsprechung von den politischen Parteien,

² Vgl. Gregorio Morán, Adolfo Suárez. Historia de una ambición, Barcelona 1979; ders., El precio de la transición, Barcelona 1992.

auf die Beeinflussbarkeit der Massenmedien durch die Regierung und auf das Fehlen von Mechanismen zur Konsensbildung³. Für die notorische Konfrontation zwischen den beiden großen Parteien der Konservativen und der Sozialisten seien die verfassungsrechtlichen Weichenstellungen verantwortlich, die in der Transition getroffen worden seien. Damals sei es den verantwortlichen Politikern vor allem darum gegangen, demokratische Institutionen zu schaffen, die die politische Stabilität sicherstellten. Besondere Kritik erfuhr in diesem Zusammenhang das Wahlsystem, das noch vor den ersten demokratischen Wahlen von 1977 per Regierungsdekret verordnet worden war. Das Wahlsystem sollte eine Zersplitterung des Kongresses verhindern und damit die Regierungsbildung erleichtern; faktisch verfälschte aber die Wahlkreisgeometrie den Wählerwillen und bevorzugte die zwei dominierenden Parteien.

Eine radikalere Kritik am Demokratisierungsprozeß übte der frühere sozialistische Politiker Pablo Castellano, in dessen Augen die Transition vom und für den Franquismus entworfen worden sei und daher logischerweise die Kontinuität des Regimes darstelle⁴. Die Reformen hätten zwar nicht ohne die damalige demokratische Opposition durchgeführt werden können; diese habe aber die realen Machtverhältnisse anerkennen und auf viele ihrer ursprünglichen, weit radikaleren Vorstellungen verzichten müssen. Die Hauptspielregeln seien von der Regierung Suárez vorgegeben worden; wer am Reformprozeß partizipieren wollte, mußte die Eckpunkte akzeptieren: monarchische Staatsform, parlamentarisches System, Verzicht auf Abrechnungen⁵. Der Postfranquismus, so Castellano, wurde im wesentlichen anhand der noch im Franquismus erarbeiteten Strategien geplant und von den Postfranquisten nach ihrem Gutdünken gestaltet.

Unterschiedliche Interpretationen der Transition⁶

1. Die sozio-strukturelle Interpretation: der Klassenkampf

Dieser Betrachtungsweise zufolge betrieb eine neue und reformistische Bourgeoisie, die im Zuge der kapitalistischen Entwicklung während der zweiten Hälfte des Franquismus entstanden war, den politischen Wandel, von dem sie auch am meisten profitierte. Die Protagonisten der Transition dienten – bewußt oder unbewußt – den Interessen dieser gesellschaftlich dominanten Schicht. Der politische Wandel läßt sich somit als eine Art „Revolution von oben“ bezeichnen; er war eine Konzession des modernen Sektors der herrschenden Schichten, die sich

³ Vgl. Josep M. Colomer, El régimen político de la transición, in: Santos Juliá/Javier Pradera/Joaquín Prieto (Hrsg.), Memoria de la transición, Madrid 1996, S. 700–703; ders., La transición a la democracia. El modelo español, Barcelona 1998.

⁴ Vgl. Pablo Castellano, Por Dios, por la patria y el rey. Una visión crítica de la transición española, Madrid 2001.

⁵ Ähnlich Paloma Aguilar Fernández, Justicia, política y memoria. Los legados del franquismo en la transición española, Madrid (CEACS Working Paper 163, Instituto Juan March) 2001.

⁶ Vgl. José Álvarez Junco, Del Franquismo a la Democracia, in: Antonio Morales Moya/Mariano Esteban de Vega (Hrsg.), La Historia Contemporánea en España, Salamanca 1996, S. 159–170.

angesichts der Wucht der Forderungen der Arbeiterschaft und der anachronistischen politischen Struktur des Franquismus von den latifundistischen Oligarchien distanzierten und eine Reform der Institutionen durchsetzten, um auf diese Weise die ökonomische und soziale Kontrolle im Staate zu behalten. Der letzte Zweck der Transition bestand in der Besänftigung der massiven Arbeiterproteste, was mit den Moncloa-Pakten (zwischen Regierung und Oppositionsparteien zur Überwindung der Wirtschaftskrise geschlossen) von 1977 auch gelang⁷: Die Streiks ließen nach, die Gewerkschaften ordneten sich den politischen Parteien unter, diese wiederum den Interessen und Wünschen der Banken.

Diese Interpretation, die vor allem unter Vertretern der früheren antifranquistischen Opposition kursiert, sieht sich beim Realitätstest ernsthaften Schwierigkeiten gegenüber: Zum einen war die politische Rolle der neuen Wirtschaftseliten während der Transition gering. Sie stellten keinen einheitlichen Block dar und vertraten ihre Interessen nicht geschlossen. Auch die traditionellen Oligarchien, die eng mit dem franquistischen Regime verbunden waren, spielten keine ausschlaggebende Rolle. Überhaupt lassen sich die politischen Akteure in der Transition nicht eindeutig sozio-ökonomischen Kräften zuordnen.

Schwierigkeiten ergeben sich zum anderen auch, wenn man der Arbeiterschaft eine Protagonistenrolle in den Protestaktionen und Mobilisierungen der Spätphase des Franquismus zuschreiben will. Die meisten linken Oppositionsorganisationen setzten sich keineswegs ausschließlich aus Arbeiterschichten zusammen; in ihnen waren auch zahlreiche Angehörige der Mittelschichten, Freiberufler und Intellektuelle vertreten, ganz zu schweigen von der Rolle der Studentenbewegung, der peripheren Nationalismen und der Kirche in der Oppositionsbewegung. Zum dritten war die Mobilisierungsfähigkeit der antifranquistischen Opposition viel begrenzter, als die Propagandarhetorik ihrer Organisationen es vermuten ließ. Schließlich hält auch die These von der Mäßigung und Einbindung des Arbeiterprotests durch die Moncloa-Pakte der Prüfung nicht stand. Die Streiks nahmen nämlich später noch zu, in den achtziger Jahren übertraf ihre Zahl stets die des Spätfranquismus.

2. Die funktionalistische Interpretation:

Demokratie als Folge der Modernisierung

Dieser Deutung zufolge war der eigentliche Agent der politischen Demokratisierung die vorhergehende wirtschaftliche Modernisierung. Die ökonomische Entwicklung der sechziger Jahre hatte eine agrarische zu einer städtischen Gesellschaft werden lassen, es waren breite Mittelschichten entstanden, eine Bildungskampagne hatte die ganze Gesellschaft erfaßt; die Demokratie wurde schließlich eingeführt, als sei sie eine reife Frucht, die nur noch gepflückt werden mußte.

Die sozialen, ökonomischen und kulturellen Veränderungen der zweiten Phase des Franquismus haben zweifellos Bedingungen geschaffen, die die Transition

⁷ Vgl. Walther L. Bernecker, Gewerkschaftsbewegung und Arbeitsbeziehungen, in: Spanien nach Franco. Der Übergang von der Diktatur zur Demokratie 1975–1982, hrsg. von ders. und Carlos Collado Seidel, München 1993, S. 44–68, hier S. 57.

ganz wesentlich erleichterten. Aber von einem Automatismus im Übergang zur Demokratie kann man nicht sprechen, schon gar nicht, was die Art des Übergangs betrifft. Hier möge der Verweis auf das Baskenland genügen, das unter Zugrundelegung sozio-ökonomischer Indikatoren eine der modernsten Regionen Spaniens darstellt, wo aber die Transition am schlechtesten funktioniert hat. Der Modernisierungstheorie zufolge hätten die Hauptrolle im Übergangsprozeß die gemäßigten Mittelschichten spielen müssen, die aber im spanischen Fall in dieser Eindeutigkeit gar nicht auszumachen sind.

3. Die subjektive Interpretation: psychologisch-kulturelle Gründe und die Theorie des Führertums

Diese Interpretation hebt besonders auf einzelne Personen ab, denen der Erfolg des Demokratisierungsprozesses geschuldet sei. Vor allem werden hier König Juan Carlos und Ministerpräsident Adolfo Suárez genannt, deren Verhandlungsgeschick und deren mutige Entscheidungen in brenzlichen Situationen besonders gewürdigt werden. Dieser in liberal-konservativen Kreisen beliebten Interpretation muß einschränkend entgegengehalten werden, daß Geschick und Augenmaß allen Akteuren zuzusprechen sind, insbesondere auch den Oppositionsführern. Außerdem legten etwa auch die Wirtschafts- oder Verwaltungseliten eine große Portion Mäßigung an den Tag – ein Verhalten, das seine Ursachen in intensiven Kontakten zu Europa, dem erreichten Lebensstandard und nicht zuletzt dem Trauma des Bürgerkrieges gehabt haben dürfte.

4. Eine politisch-strukturelle Interpretation: Schwäche der Akteure, Stärke des Staates

Im Grunde genommen kann man nicht nur von der Schwäche und Fragilität der Opposition sprechen; sämtliche Akteure, auch das Regime, waren schwach. Der Tod Francos hatte unter seinen Gefolgsleuten Zwietracht und Ungewißheit über die politische Zukunft zurückgelassen. Das dahinsiechende Regime verfügte über kein politisches Zukunftsprojekt, konnte außerdem in seinen eigenen Reihen keine Disziplin herstellen. Seit längerem schon war der Franquismus nicht in der Lage gewesen, den neuen Konflikten mit der Arbeiterschaft, den Studenten und peripheren Nationalismen angemessen zu begegnen. Seine Legitimität war ernsthaft beschädigt.

Dieser relativen Schwäche des Regimes muß die seit Jahrzehnten gewachsene Stärke des Staates gegenübergestellt werden: Die Verwaltung war ausgebaut worden, Polizei und Streitkräfte funktionierten besser als in früheren Phasen der spanischen Geschichte. Die öffentlichen Dienste wiesen zwar zahlreiche Mängel auf, bestimmten aber den Alltag der meisten Spanier (Gesundheitswesen, Sozialversicherung, öffentliche Erziehung, Sozialwohnungen, Straßennetz, Steuersystem). Diese Stärke des Staatsapparats bedingte auch dessen Stabilität. Der Systemwechsel war zwar radikal, eine Staatskrise aber blieb aus. Es gab weder Säuberungen, noch eine gesetzgeberische Leere und auch keinen legalen Bruch. Ganz im Gegenteil: Die Veränderungen wurden in starkem Maße von reformistischen Vertretern des alten Systems vorangetrieben.

Es kam somit in Spanien zu einem Regimewechsel, ohne daß es eine Staatskrise gegeben hätte. Dies ist auf die Stärke der Verwaltungsstrukturen beim Tode Francos zurückzuführen, die die Schwäche des Regimes kompensierte. Diese Stärke führte zur Mäßigung der Opposition und zwang die Erben des Franquismus, den angebotenen politischen Kompromiß zu akzeptieren.

Wenn die Regimeschwäche und die Staatsstärke noch mit der internationalen Konjunktur in Verbindung gebracht werden, erklärt sich daraus der Charakter des spanischen Übergangsprozesses. Unter „internationaler Konjunktur“ sind jene Faktoren zu verstehen, die von außen mäßigend auf die spanischen Akteure einwirkten: die Wirtschaftsrezession seit 1973, die zur Dämpfung der Forderungen anhielt; der portugiesische und der griechische Regimewandel von 1974, die die Gefahren einer Radikalisierung vor Augen geführt hatten; der Einfluß der Sozialistischen Internationale auf die noch marxistisch ausgerichteten spanischen Sozialisten; während des Transitionsprozesses die ersten Anzeichen einer Krise des kommunistischen Systems in Danzig 1979.

Differierende Deutungen des Bürgerkriegs und des Franquismus

Die unterschiedlichen Interpretationen der Transition verweisen auf differierende Deutungen des Bürgerkriegs und des Franquismus. Erwähnt seien nur zwei Interpretationen des Bürgerkrieges und der aus ihm hervorgegangenen franquistischen Diktatur, die sich im Diskurs der konservativen Kreise des Landes durchgesetzt haben, und zwar als Folge des deutlichen Übergewichts, das diese konservativen Kräfte während der Transition ausübten, und der Schwäche der Linken in diesem Prozeß, die wiederum auf die enorme Repression während der Diktatur zurückzuführen war⁸.

Die eine Deutung geht davon aus, daß die militärische Erhebung und die Diktatur notwendig gewesen seien, um die Ordnung wiederherzustellen und die durch die Republik geschaffene chaotische Situation zu korrigieren. Die Repression sei zwar mitunter allzu hart gewesen, und die Diktatur habe zu lange gewährt; diese Schönheitsfehler schmälerten aber nicht die insgesamt positive Funktion der Diktatur. Diese Deutung hat vor allem in der konservativen Klasse Spaniens viele Anhänger, was unter anderem darin zum Ausdruck kommt, daß die Volkspartei sich lange geweigert hat, den Staatsstreich von 1936 und das franquistische Regime zu verurteilen und Denkmäler der Diktatur von öffentlichen Plätzen zu entfernen. Die vom König instaurierte Demokratie, so heißt es in dieser Deutung weiter – einem wohlgerneht von Franco eingesetzten König –, bedeutete die Öffnung der bis dahin der Rechten vorbehaltenen staatlichen Institutionen für die Linke sowie für die baskischen und die katalanischen Nationalisten. Deutlich wird dies etwa in der Warnung, die Ministerpräsident Adolfo Suárez dem von ihm vorläufig als Ministerpräsident Kataloniens wieder eingesetzten Josep Tarradellas im Juni 1977

⁸ Zur Rolle des Bürgerkrieges im Übergang zur Demokratie vgl. Paloma Fernández Aguilar, *Memory and Amnesia. The Role of the Spanish Civil War in the Transition to Democracy*, New York 2002.

gegenüber aussprach: „Sie waren der Chef einer katalanischen Regionalregierung, die den Bürgerkrieg verloren hat.“⁹ Die Integration der Unterlegenen in die staatlichen Institutionen mußte diesen Tatsachen Rechnung tragen.

Die zweite Deutung wird vor allem in zentristischen Kreisen favorisiert. Hier betrachtet man den Bürgerkrieg als Kampf zwischen den zwei Spanien, in dem es auf beiden Seiten zu großen Grausamkeiten gekommen sei und der deswegen möglichst schnell vergessen werden sollte. Dieser Version entsprechend waren beide Lager zu etwa gleichen Teilen für die Schrecken des Bürgerkrieges verantwortlich. Die Verabschiedung der Verfassung von 1978 habe aber das Ende der zwei Spanien zur Folge gehabt. Einige Autoren, die dieser Interpretationsrichtung angehören, räumen zwar ein, daß die Verlierer physisch und historisch-moralisch mißhandelt worden seien und rehabilitiert werden müßten. Das sollte auch in der Erinnerungskultur zum Tragen kommen, denn das verordnete Verschweigen habe eine Ungerechtigkeit den Verlierern gegenüber bedeutet.

Letztlich lassen beide Deutungen das Übergewicht konservativer Positionen in dieser gesellschaftlichen Debatte erkennen. Es läßt sich nämlich kaum belegen, daß im Bürgerkrieg die eine Hälfte Spaniens gegen die andere gekämpft habe; es stand vielmehr, zumindest anfangs, eine Minderheit gegen eine deutliche Mehrheit. Um sich nach dem Krieg an der Macht halten zu können, mußten die Sieger daher auch auf eine in der spanischen Geschichte beispiellose Repression zurückgreifen, die in abgeschwächter Form bis zum Ende der Diktatur aufrechterhalten wurde. Der heutige Rechtsstaat Spanien müßte, dies haben in den letzten Jahren viele gesellschaftliche Gruppen gefordert, den franquistischen Unrechtsstaat klar verurteilen – nicht als Revancheakt, sondern als symbolische Rehabilitierung der Opfer. Daß dies erst neuerdings in verklausulierter Form geschehen ist, verweist erneut auf den Kompromißcharakter des Übergangsprozesses und die selbst auferlegte Zurückhaltung aller politischen Akteure in der Transition.

Amnestie und Amnesie

Eine umfassende gesellschaftlich-politische Aufarbeitung der franquistischen Vergangenheit hat in Spanien nicht stattgefunden. Dies dürfte auf verschiedene Faktoren zurückzuführen sein. Großen Anteil hatten die Unterdrückungsmechanismen der auf den Bürgerkrieg folgenden Diktatur, die die Mehrzahl der Verlierer juristisch und vor allem sozialökonomisch diskriminierte. Fast ebenso nachhaltig wirkte der während des Franquismus praktizierte Umgang mit der Vergangenheit, der die öffentliche Erinnerung auf die drastisch verzerrte Version des Bürgerkrieges als antikommunistischen „Kreuzzug“ verpflichtete. Den Gefallenen der siegreichen Rebellenseite huldigte das Regime mit einem landesweiten Totenkult, der sich in zahllosen Namenstafeln und Denkmälern manifestierte, während die mit dem Stigma des „Anti-Spanien“ versehenen Verlierer symbolisch aus der

⁹ Zit. nach Vicenç Navarro, *Consecuencias de la transición inmodélica*, in: *El País* vom 8. 1. 2003, S. 13. Die Zusammenfassung der beiden Bürgerkriegsinterpretationen folgt der Argumentation dieses Aufsatzes.

Nationalgemeinschaft ausgeschlossen wurden. Auf diese Weise wurde das Trauma der Niederlage auch auf die nachfolgenden Generationen übertragen und die latente Spaltung der Gesellschaft in Sieger und Besiegte wachgehalten.

Inwieweit dem bewußten „Vergessen“ ein politischer Konsens zugrunde lag, ist schwer abzuschätzen. Tatsache ist aber, daß in den auf Francos Tod folgenden Jahren gerade die politischen Eliten gleich welcher Couleur in dieser Frage eine auffällige Zurückhaltung an den Tag legten. Als symptomatisch kann hier der Kommentar des sozialistischen Regierungschefs Felipe González anläßlich des fünfzigsten Jahrestages des Kriegsausbruches im Juli 1986 gelten. Wohl auch aus Rücksicht auf die Wähler der politischen Mitte, deren Stimmen er in den bevorstehenden Parlamentswahlen brauchte, erklärte der Regierungschef, daß der Bürgerkrieg als historisches Ereignis nicht erinnerungswürdig sei und in der Lebensrealität Spaniens keinen Ort haben dürfe¹⁰. Ein weiteres Indiz für die Absicht, die „Geister der Vergangenheit“ aus der Politik zu verbannen, findet sich im Umgang mit der öffentlichen Symbolik des alten Regimes. Nur sehr langsam verschwanden die Insignien der „Bewegung“ und die Herrschaftszeichen der Diktatur aus dem öffentlichen Raum. Straßen, deren Namen sich auf Mitglieder des Militäraufstands bezogen, wurden nur dann um- bzw. zurückbenannt, wenn sie bereits vor Ausbruch des Bürgerkrieges existiert hatten. Die letzten Pesetenstücke mit dem Konterfei des Diktators wurden erst in den neunziger Jahren endgültig aus dem Verkehr gezogen, während in Santander und Madrid bis heute Reiterdenkmäler des *Caudillo* zu sehen sind¹¹.

Bis vor kurzem war die Amnestie, die zu Beginn der Transition verkündet wurde, mit einer verordneten Amnesie verbunden, die ebenfalls die gesellschaftliche Aufarbeitung verhinderte. Kritiker sehen darin eines der größten Defizite der Transition, das der politischen Kultur des Landes erheblichen Schaden zugefügt habe. Die beiden Amnestiegesetze vom Juli 1976 und Oktober 1977 stellten eine wichtige Voraussetzung dafür dar, daß die Kräfte des alten Regimes mit den neuen Oppositionsparteien die Rückkehr zu einem demokratischen Rechtsstaat vorbereiten konnten. Während das erste Amnestiegesetz eine Geste der Versöhnung sein sollte und sich auf die Häftlinge des Regimes bezog, schloß die Amnestie von 1977 auch die Funktionselementen des Franquismus – und insbesondere den Polizeiapparat – mit ein und garantierte ihnen Schutz vor der strafrechtlichen Verfolgung der während der Diktatur begangenen Verbrechen¹². Der Staat schuf somit einen für manche

¹⁰ Vgl. hierzu Walther L. Bernecker, *De la diferencia a la indiferencia. La sociedad española y la guerra civil (1936/39–1986/89)*, in: Francisco López-Casero/Walther L. Bernecker/Peter Waldmann (Hrsg.), *El precio de la modernización*, Frankfurt a. M. 1994, S. 63–79.

¹¹ Auch in der galicischen Stadt El Ferrol, dem Geburtsort des Diktators, wurde eine Reiterstatue erst Anfang Juli 2002 auf Anweisung der Gemeinderegierung entfernt. Zu den materiellen und mentalen Relikten der Franco-Diktatur vgl. Fernando Jáuregui/Manuel Ángel Menéndez, *Lo que nos queda de Franco. Símbolos, personajes, leyes y costumbres, veinte años después*, Madrid 1995.

¹² Vgl. Paloma Aguilar Fernández, *La amnesia y la memoria: las movilizaciones por la amnistía en la transición a la democracia*, in: Rafael Cruz/Manuel Pérez Ledesma (Hrsg.), *Cultura y movilización en la España contemporánea*, Madrid 1997, S. 327–357, und Joaquín Ruiz Gimé-

Betroffene schmerzlichen Ausgleich zwischen den Erben der beiden Bürgerkriegsparteien und signalisierte so den Wunsch nach einem gesellschaftlichen Neubeginn jenseits der Erfahrungen des Bürgerkrieges. Versöhnung – *reconciliación* – wurde zu einem der Schlagworte des Augenblicks, doch diese schien nur dann gelingen zu können, wenn man die Erinnerung an die ungesühnten Verbrechen aus rund 40 Jahren Geschichte bewußt ausblendete. Der traurige „Preis der Transition“, wie es Gregorio Morán formuliert hat, bestand so in einem Pakt des Vergessens, der eine ungeschriebene Verpflichtung zur kollektiven Amnesie gegenüber den dunkelsten Kapiteln der Vergangenheit enthielt¹³. Historiker haben zwar die repressiven Aspekte des Franquismus hervorgehoben, auf Tagungen werden diese inzwischen auch vielfach diskutiert. Die Verbreitung der Ergebnisse dieser Debatte läßt aber sehr zu wünschen übrig, was nicht zuletzt an den Massenmedien – und hier vor allem an dem stark von der Regierung kontrollierten Fernsehen – liegt, die diese Themen ausgesprochen zurückhaltend behandelt haben¹⁴.

Demokratie und Rechtsstaat dürften heute in Spanien fest etabliert sein. Bedenken kann man jedoch hinsichtlich des Niveaus der demokratischen Kultur haben. Im Herbst 2002 vertraten knapp 37 Prozent der spanischen Jugendlichen zwischen 12 und 18 Jahren in einer demoskopischen Umfrage die Meinung, in gewissen Situationen bedürfe es einer Diktatur; im übrigen seien Diktatur und Demokratie gleichwertig, wenn sie nur Ordnung und Fortschritt sicherstellten. Die Garantie von Ordnung und Fortschritt war viele Jahre lang das wichtigste Legitimationsargument des Franquismus gewesen, als in der desarrollistischen Phase des Regimes die Legitimation qua Siegerrecht nicht mehr ausreichte.

Als weiteren Indikator für die Imperfektion der Transition führen ihre Kritiker die Behandlung der Familien an, deren Angehörige auf republikanischer Seite gekämpft hatten und dann verschwunden waren. Während die franquistische Seite sofort nach dem Bürgerkrieg ihre Toten identifizieren und ehrenhaft bestatten konnte, ist dies den Republikanern bis heute verwehrt geblieben. Weit über 30.000 Republikaner liegen noch immer in anonymen Massengräbern und konnten noch nicht in die Obhut ihrer Familien überführt werden, obwohl diese sich seit 25 Jahren mit Anträgen an die demokratischen Regierungen darum bemüht hatten. Erst im Jahr 2002, nachdem die Menschenrechtskommission der Vereinten Nationen eingeschaltet worden war, kam Bewegung in diese Frage; erste Leichen wurden exhumiert und umgebettet. Ende 2002 hat das spanische Parlament dann endlich eine Resolution verabschiedet, die die Regierung auffor-

nez, *El camino hacia la democracia. Escritos en 'Cuadernos para el diálogo'* (1936–1976), Madrid 1985.

¹³ So findet sich bereits in der Präambel des Amnestiegesetzes von 1976 eine deutliche Aufforderung an die Gesellschaft, das „diskriminierende Erbe der Vergangenheit“ zu vergessen. Vgl. Paloma Aguilar Fernández, *La amnistía y la memoria histórica de la Guerra Civil en la Transición*, in: Javier Tusell u. a. (Hrsg.), *Historia de la transición y consolidación democrática en España* (1975–1986), Bd. 1, Madrid 1995, S. 3–13. Siehe außerdem Morán, *El precio de la transición*.

¹⁴ Zum heutigen Stand der Erinnerungskultur sowie zum „Vergessen“ des Bürgerkriegs und der franquistischen Repression vgl. Arcángel Bedmar González (Hrsg.), *Memoria y olvido sobre la Guerra Civil y la represión franquista*, Lucena 2003.

derte, die Suchaktionen auch finanziell zu unterstützen und die Opfer des Franquismus als solche anzuerkennen. Die konservative Volkspartei konnte dabei abermals verhindern, daß der Putsch von 1936 explizit verurteilt wurde; außerdem, heißt es in der Resolution, dürfe die Anerkennung der Opfer nicht dazu benutzt werden, alte Wunden wieder aufzureißen. Eine Anklage gegen die Putschisten um Franco durfte somit nicht erhoben werden.

Es dürfte klar sein, daß die fehlende Auseinandersetzung mit der Vergangenheit auf den Kompromißcharakter der Transition zurückzuführen ist. Nach 1975 kam es zu keinem Bruch; daher konnte der Antifranquismus auch nicht – wie etwa die *Resistenza* in Italien – zum Gründungsmythos der neuen spanischen Demokratie werden.

Erinnerung an Bürgerkrieg und Repression

In puncto Repression stellte das Ende des Bürgerkrieges keine Zäsur dar; vielmehr haben neuere Studien gerade für dieses Gebiet eine beträchtliche Kontinuität von der ersten Nachkriegsphase bis weit in die vierziger Jahre hinein herausgearbeitet. Zuvor war die massive Nachkriegsrepression von der spanischen Geschichtswissenschaft kaum thematisiert worden. Parallel zur parlamentarischen Verurteilung des Francoregimes am 20. November 2002 häuften sich aber die Studien, in denen detailliert und quellengesättigt die ungeheuerliche Repression der Nachkriegszeit dargestellt wird¹⁵.

Ins Zentrum des Interesses rückten dabei schnell die franquistischen Konzentrationslager, die bereits im Dezember 1936 geschaffen wurden. In ihnen sollten hunderttausende republikanische Häftlinge umerzogen werden und dann Verwendung als Quasi-Sklaven beim Aufbau des „Neuen Staates“ finden¹⁶. Die Bürokratie des Regimes hat gewaltige Mengen an Dokumenten produziert, die eindeutig zeigen, daß physische und moralische Gewalt zu den Hauptcharakteristika des „Neuen Staates“ gehörten, die unerbittlich gegenüber den militärisch Unterlegenen und später den politischen Gegnern eingesetzt wurden¹⁷. Die franquistischen Konzentrationslager waren keine Vernichtungslager; sie waren geprägt von Kasernengeist und Klerikalmentalität und sollten politische und ökonomische Funktionen erfüllen. Vor allem ging es um Ausmerzungen, Liquidierung, Reini-

¹⁵ Vgl. Julián Chaves Palacios, *La historiografía reciente sobre la Guerra Civil de 1936–1939 en los umbrales del nuevo milenio*, in: *Anales de Historia Contemporánea* 16 (2000), S. 409–430 (dort eine nahezu erschöpfende Auflistung sämtlicher Territorialstudien zur Repression im Spanien der Nachkriegszeit). Vgl. auch die Sammelrezensionen von Ángeles Egido, *Memoria y represión*, in: *Historia del Presente* 2 (2003), S. 139–147, und Javier Rodrigo Sánchez, *Prisioneros de guerra y campos de concentración*, in: *Pasado y Memoria. Revista de Historia Contemporánea* (2003), Heft 2, S. 295–306.

¹⁶ Vgl. Javier Rodrigo, *Los campos de concentración franquistas*, Madrid 2003.

¹⁷ Vgl. die detaillierten Ergebnisse des Sammelbandes von Carme Molinero/Margarita Sala y Sobrequés (Hrsg.), *Una inmensa prisión. Los campos de concentración y las prisiones durante la guerra civil y el franquismo*, Barcelona 2003, und Emilio Silva/Santiago Macías, *Los republicanos que el dictador dejó en las cunetas. Las fosas de Franco*, Madrid 2003.

gung – so die Terminologie der Zeit – und um die Erlösung von der Sünde, vom rechten Weg abgekommen zu sein, durch Arbeit.

Zu den Opfern des Franquismus zählten auch zahlreiche Frauen und ihre Kinder, gegen die sich die Repression nicht weniger gewalttätig wandte¹⁸. Die „verlorenen Kinder des Franquismus“ – so ein Buchtitel – mußten ohne ihre Eltern aufwachsen, die im Krieg gefallen waren. Vielen Kindern von Republikanern raubte man außerdem ihre Identität. Ungefähr 12.000 Kinder wurden ihren inhaftierten Müttern weggenommen, in katholische Internate gesteckt und dort „umerzogen“, ehe sie von Militärs und strammen Franquisten adoptiert wurden. Der Militärpsychiater Vallejo Nágera hat für diese „Säuberung der hispanischen Rasse“ eine eigene „Theorie“ entworfen, in der er den Marxismus „empirisch“ als Geisteskrankheit definierte¹⁹.

Viele Anzeichen sprechen dafür, daß die auch nach 1975 weitgehend verdrängte Erinnerung an die zahllosen Opfer von Bürgerkrieg und Diktatur nun in die Öffentlichkeit zurückkehrt²⁰. Besonders umstritten ist dabei die Frage, ob jener sprichwörtliche „Pakt des Schweigens“ auf kollektiver Einsicht beruhte oder von den in der Transition herrschenden politischen Eliten schlicht oktroyiert wurde. Gegen die kritischen Interpretationen behauptet der Madrider Historiker Santos Juliá, daß die historische Erinnerung lediglich aus der Politik, jedoch keineswegs aus dem kollektiven Gedächtnis verdrängt worden sei. Der „Konsens des Schweigens“ sei der weisen Absicht gefolgt, die Geschichte aus dem politischen Meinungsstreit herauszuhalten, und er habe zugleich den Weg für eine nüchterne Aufarbeitung durch die Fachhistorie geöffnet²¹. Dagegen beklagt der Politikwissenschaftler Vicenç Navarro das Fehlen einer offiziellen Erinnerungskultur und einer kritischen Geschichtsbildung in der Bevölkerung, die letztlich auch eine potentielle Gefahr für die Legitimität der Demokratie darstellte. Darüber hinaus wendet Navarro sich gegen die allgemeine Tendenz zu einer Gleichsetzung von Tätern und Opfern, wobei in fragwürdiger Absicht die These vertreten wurde, im Bürgerkrieg hätten beide Seiten für ein besseres Spanien gekämpft²².

Parallel zum Streit um die offizielle Geschichtspolitik mehren sich die Anzeichen dafür, daß die Erinnerung an die Opfer von Bürgerkrieg und Diktatur schließlich doch zum Thema einer breiteren Öffentlichkeit wird. So feierten in

¹⁸ Vgl. Ricard Vinyes, *Irredentas. Las presas políticas y sus hijos en las cárceles franquistas*, Madrid 2002.

¹⁹ Vgl. Ulrich Meister, *Späte Sezierung des Franquismus*, in: *Neue Zürcher Zeitung* vom 4./5. 1. 2003, S. 4.

²⁰ Vgl. etwa Teresa M. Vilarós, *El mono del desencanto*, Madrid 1998; Joan Ramon Resina (Hrsg.), *Disremembering the Dictatorship. The Politics of Memory in the Spanish Transition to Democracy*, Amsterdam 2000; Alberto Medina Domínguez, *Exorcismos de la historia. Políticas y poéticas de la melancolía en la España de la transición*, Madrid 2001. Vgl. auch Eduardo Subirats, *Después de la lluvia: Sobre la ambigua modernidad española*, Madrid 1993.

²¹ Santos Juliá, *Raíces y legados de la transición*, in: Ders./Pradera/Prieto (Hrsg.), *Memoria de la transición*, S. 679–682, und ders., *Acuerdo sobre el pasado*, in: *El País* vom 24. 11. 2002.

²² Vgl. Vicenç Navarro, *Bienestar insuficiente, democracia incompleta. Sobre lo que no se habla en nuestro país*, Barcelona 2002, sowie ders., *Consecuencias de la transición*, in: *El País* vom 8. 1. 2003.

den vergangenen Jahren mehrere literarische Werke, die ganz zentral die Erinnerung an den Bürgerkrieg thematisieren, große Publikumserfolge. Darüber hinaus wurde im Herbst 2002 in Madrid eine Ausstellung eröffnet, die dem Schicksal der republikanischen Exilanten gewidmet war und die aufgrund des großen Andrangs verlängert werden mußte. Von der Tagespresse aufmerksam verfolgt, ist außerdem die Frage der franquistischen Repression zum Thema von Fachtagungen und wissenschaftlichen Publikationen avanciert. Neue Archivalien erlaubten dabei die Aufdeckung einer erschreckenden Systematik des staatlichen Repressionsapparates, der bis Anfang der vierziger Jahre schätzungsweise 150.000 Todesopfer forderte und Hunderttausende von Republikanern in über hundert Arbeitslagern ausbeutete²³.

Besondere Aufmerksamkeit widmete man schließlich den „Verschwundenen“ des Bürgerkrieges, die in den ersten Kriegswochen von den Aufständischen mehr oder weniger systematisch ermordet worden waren; unter ihnen befand sich auch der prominente Schriftsteller Federico García Lorca. Bereits 1995 – somit noch in der Regierungszeit der Sozialisten – hatte das Verteidigungsministerium ein Abkommen mit der deutschen „Stiftung Volksbund“ geschlossen, das darauf zielte, die sterblichen Überreste der rund 4.500 spanischen Soldaten auf dem Friedhof Pankovka zu bestatten, die als Mitglieder der Blauen Division im Kampf um Leningrad gefallen waren. Da die deutsche Seite den größeren Teil der Finanzlast übernahm, mußte die spanische Regierung bis Frühjahr 2003 nur rund 130.000 Euro beisteuern; zwischenzeitlich konnten knapp 1.200 Leichen umgebettet werden. Seither wurde der Ruf laut, nun auch die schätzungsweise 30.000 republikanischen „Verschwundenen“ ähnlich zu behandeln. Der bis 2004 mit absoluter Mehrheit regierende konservative *Partido Popular* erwies sich in dieser Hinsicht jedoch als treuer Hüter des franquistischen Erbes und weigerte sich, den Militärputsch öffentlich zu verurteilen und die finanziellen Lasten der Exhumierungen zu tragen²⁴. Im November 2002 verurteilte das spanische Parlament zwar einstimmig die franquistische Diktatur, und es versprach jenen Familien finanzielle Unterstützung, die eine Öffnung der anonymen Massengräber und eine Umbettung ihrer Verwandten wünschten; in der Folge weigerte sich die Regierung allerdings, die beantragten Mittel zu gewähren.

²³ Zu diesen Ergebnissen gelangte eine Tagung, die im Oktober 2002 im Museum für die Geschichte Kataloniens in Barcelona stattfand. Vgl. *El País* vom 21. 10. 2002. Vgl. außerdem Santos Juliá (Hrsg.), *Víctimas de la guerra civil*, Madrid 1999; Carlos Elordi (Hrsg.), *Los años difíciles. El testimonio de los protagonistas anónimos de la guerra civil y la posguerra*, Madrid 2002; Rafael Torres, *Víctimas de la victoria*, Madrid 2002; ders., *Desaparecidos de la guerra civil de España. 1936–1939*, Madrid 2002; Julián Casanova (Hrsg.), *Morir, matar, sobrevivir. La violencia en la dictadura de Franco*, Barcelona 2002; Rodolfo Serrano/Daniel Serrano, *Toda España era una cárcel. Memoria de los presos del franquismo*, Madrid 2002.

²⁴ Im Februar 2002 etwa überstimmte der *Partido Popular* eine Gesetzesinitiative aller übrigen parlamentarischen Fraktionen, die vorsah, die Opfer des Franquismus zu rehabilitieren und ökonomisch zu entschädigen. Und als die Linkspartei *Izquierda Unida* im Oktober 2002 einen Antrag auf Anerkennung der franquistischen Zwangsarbeiter (*esclavos del franquismo*) präsentierte, stimmte die „Volkspartei“ zwar zu, lehnte jedoch erneut eine ökonomische Entschädigung ab. Vgl. *Europa Press* vom 19. 2. 2002 und *El País* vom 25. 10. 2002.

Angesichts der Untätigkeit der Regierung schritt im Herbst 2000 eine Bürgerinitiative in der nordkastilischen Ortschaft Priaranza del Bierzo selbst zur Tat und führte – von mehreren professionellen Archäologen unterstützt – die Exhumierung der Leichname von 13 „Verschwundenen“ des Bürgerkrieges durch. Das große öffentliche Echo auf die Exhumierungen in Kastilien-León hatte die Gründung des „Vereins zur Rückgewinnung der historischen Erinnerung“ (*Asociación para la Recuperación de la Memoria Histórica*) ARMH sowie einiger ähnlicher Vereinigungen mit Internet-Präsenz zur Folge²⁵. Die *Asociación* wurde von dem Journalisten Emilio Silva gegründet, der nach seinem verschollenen Großvater suchte. Seither kämpft der Verein um die landesweite Aufklärung von politischen Morden und Massenhinrichtungen, die die Aufständischen während des Bürgerkrieges zu verantworten hatten. Angesichts der großen Zahl nicht identifizierter Toter fehlen dem Verein jedoch die für die Exhumierungen erforderlichen Mittel.

Da sich die spanische Gesellschaft die unterdrückte Erinnerung an die Opfer und Verlierer des Bürgerkrieges selbst aneignet, könnte daraus sogar ein parteiübergreifender Konsens resultieren. Dabei signalisieren die verschiedenen Bemühungen zur Wiedergewinnung einer verbotenen bzw. bewußt verdrängten Vergangenheit zugleich einen entscheidenden Schritt in Richtung auf eine „Normalisierung“ des historischen Bewußtseins, das lange gespalten gewesen war. Mit einer Verspätung von mehr als 60 Jahren zeichnet sich so auch im Hinblick auf das schwerste Trauma der jüngsten spanischen Geschichte eine öffentliche „Bewältigung“ ab, die für die betroffenen Generationen allerdings zu spät kommen dürfte.

Mit der geradezu buchstäblichen „Entdeckung“ jener Verbrechen, die im Namen des franquistischen Staates seit Ausbruch des Bürgerkrieges begangen wurden, beginnt nun die öffentliche Konfrontation mit einer Vergangenheit, die aus Sicht der Fachhistorie schon seit längerem kaum noch Geheimnisse barg. Die breite Öffentlichkeit indes betritt nun Neuland, das lange Zeit bewußt gemieden worden war. Bedeutsam ist dieser Vorgang wohl weniger für die allgemeine Öffentlichkeit als für Familien und Individuen. Zwar steht die juristische Ahndung der unter der Diktatur begangenen Menschenrechtsverletzungen auch jetzt nicht auf der Tagesordnung. Folgt man jedoch den Stimmen derjenigen, die den unaufgeklärten Verlust eines Angehörigen zu beklagen haben, so geht es heute weniger um Ahndung oder Vergeltung als um Aufklärung und Symbolik. Viele Betroffene begnügen sich mit der öffentlichen Anerkennung des geschehenen Unrechts durch den demokratischen Staat; das ist ihnen Geste genug, um mit der jüngsten Vergangenheit ihren Frieden zu schließen²⁶.

War eine kritische Auseinandersetzung mit der jüngsten Vergangenheit bis vor kurzem nicht Thema für eine breitere Öffentlichkeit, so existierten doch stets Rand- und Teilöffentlichkeiten, in denen die Erinnerung an Krieg und Diktatur durchaus präsent war. An erster Stelle ist hier neben dem Spielfilm die Literatur

²⁵ Vgl. hierzu die Seiten der ARMH <http://www.geocities.com/priaranza36/> sowie der Vereinigung *despage* <http://www.nodo50.org/despage/>.

²⁶ Dies zumindest zeigten die Beisetzungsfeiern in Valdestillas (Kastilien-León) im November 2002. Vgl. *El País* vom 23. 11. 2002 und *Süddeutsche Zeitung* vom 26. 11. 2002.

zu nennen, die schon lange vor dem Ende der Diktatur den offiziellen Propagandadiskursen subversive Alternativbilder der spanischen Realität entgegengestellt hat²⁷. Nach 1975 etablierten sich dann Bürgerkrieg und Franquismus in der Literatur sehr schnell als „Orte der Erinnerung“. Neben vielen anderen sei insbesondere auf die Werke Manuel Vázquez Montalbán, Antonio Muñoz Molina, Rafael Chirbes, Manuel Rivas, Juan Manuel de Prada und neuerdings Andrés Trapiello, Dulce Chacón sowie Javier Cercas verwiesen²⁸. Einige davon sind inzwischen auch erfolgreich verfilmt worden²⁹.

Eine vergleichbare Wirkung hatten auch historische Ausstellungen und Dokumentarfilme über die politische Repression, das Exil und den Widerstand der *maquis*, und das neu erwachte fachhistorische Interesse hat dem Thema der Vergangenheitsbewältigung letztlich eine breitere Repräsentation in der Öffentlichkeit als jemals zuvor verschafft.

Zur Neu-Interpretation der spanischen Geschichte

Der Übergang in die Demokratie hatte eine weitere Folge, die sowohl die führenden Politiker und schließlich auch zahlreiche spanische Historiker betraf. Da die Demokratie einer historischen Ableitung bedurfte, wurde das unter spanischen Historikern weit verbreitete „Paradigma des Scheiterns“, die Sonderwegsthese des Ausnahmecharakters der Entwicklung Spaniens in die Moderne, aufgegeben und durch ein „Paradigma der Normalität“ ersetzt, demzufolge Spanien keinen historischen Sonderfall negativer Art darstelle, sondern schon immer eine Variante des gemeineuropäischen Modernisierungsprozesses gewesen sei.

Damit entstand ein Bild Spaniens, das die eigene Geschichte in einem versöhnlichen Licht zeigt. Viele Historiker betonen heute vor allem die „Normalität“ des

²⁷ Vgl. hierzu etwa David Herzberger, *Narrating the Past. Fiction and Historiography in Postwar Spain*, Durham 1995. Zum Spielfilm über Bürgerkrieg und Diktatur im spanischen Kino und Fernsehen nach 1975 vgl. den gut dokumentierten Beitrag von David Rey, *Die Franco-Ära in der medialen Geschichtskultur Spaniens. Bürgerkrieg und Diktatur in Kino und Fernsehen seit 1975*, in: *Jahrbuch für Europäische Geschichte*, Bd. 4, 2003, S. 113–160.

²⁸ Vgl. (eine knappe Auswahl) Antonio Muñoz Molina, *Beatus Ille*, Madrid 1985; ders., *Sefarad. Novela de novelas*, Madrid 2001; Fernando Díaz-Plaja, *El desfile de la victoria*, Madrid 1976; Jesús Torbado, *En el día de hoy*, Barcelona 1979; Manuel Vázquez Montalbán, *El pianista*, Barcelona 1985; Rafael Chirbes, *La Larga Marcha*, Barcelona 1996; Juan Manuel de Prada, *Las máscaras del héroe*, Madrid 1996; Manuel Rivas, *El lápiz del carpintero*, Madrid 1998; ders., *¿Qué me quiere amor?*, Madrid 1996; Andrés Trapiello, *La noche de los cuatro caminos. Una historia del maquis*, Madrid 1945, Madrid 2001; Javier Cercas, *Soldados de Salamina*, Barcelona 2001; Dulce Chacón, *La voz dormida*, Madrid 2002; Jesús Ferrero, *Las trece rosas*, Madrid 2003. Zur romanhaften Verarbeitung der Transición vgl. Juan Luis Cebrián, *Francomoribundia*, Madrid 2003.

²⁹ Z.B. *Soldados de Salamina* (2002), unter der Regie von David Trueba. Das Buch zur Entstehung des Films: Javier Cercas/David Trueba, *Diálogos de Salamina, un paseo por el cine y la literatura*, Madrid 2002. Vgl. auch den Film von Montxo Armendáriz, *Silencio roto* (2001) über die Guerrilla in der Nachkriegszeit und den Dokumentarfilm (Produzent: Montxo Armendáriz; Regie: Javier Corcuera) *La guerrilla de la memoria* (2002) mit Interviews von Überlebenden des *maquis*. Vergleichbar in der Anlage (Gespräche mit Überlebenden) ist Jaime Camino, *Los niños de Rusia* (2001).

Landes. Dies aber bedeutet, daß zuvor eine neue Identität, zumindest eine neue Sicht der Vergangenheit, konstruiert werden mußte.

Seit Spanien Mitglied von EG und NATO ist, seit das Land in den Kreis der demokratischen Staaten zurückgekehrt ist, will man nichts mehr wissen von der „Anomalie“ der spanischen Geschichte im 19. Jahrhundert, vom „Schmerz“ der [18]98er Generation, vom „Mißerfolg“ und „Fehlschlag“ der ökonomischen Entwicklung, wie sie Sozial- und Wirtschaftshistoriker während des Franquismus skizziert hatten. Die spanische Historiographie hat damit einen bedeutenden Paradigmenwechsel vollzogen oder ist dabei, ihn zu vollziehen: Eine grundsätzliche Revision der Geschichte läßt diese nicht mehr als von säkularem Mißerfolg beladen erscheinen. Die spanische Geschichte wird als ein Fall unter vielen in der europäischen Geschichte des 19. und 20. Jahrhunderts dargestellt; gerade im Vergleich mit anderen europäischen Gesellschaften könne die spanische Erfahrung nicht als „atypisch“ bezeichnet werden. Ganz im Gegenteil: Der Verlauf der spanischen Geschichte sei „vollständig europäisch“, man könne und müsse vor allem auf die „Normalität“ der Entwicklung verweisen.

Der historiographische Perspektivenwechsel stellt gewissermaßen das Ergebnis der politischen Erfahrungen einer Historikergeneration dar, die erst nach der Katastrophe des Bürgerkrieges geboren worden ist, die in den fünfziger und sechziger Jahren ein Spanien auf negativen Sonderwegen kennenlernte, das tatsächlich nur erklärt werden konnte, wenn die Eigentümlichkeiten der Entwicklung der Vergangenheit aufgezeigt wurden, das dann aber nach 1975 schnell und erfolgreich einen Demokratisierungsprozeß durchlief, der jetzt seinerseits einer historischen Erklärung und Herleitung bedurfte. Sie begaben sich daher auf die Suche nach einem „anderen“ Spanien, dem der industriellen Entwicklung, des politischen Liberalismus, der europäischen Ausrichtung. Hatten die älteren Historikergenerationen ein rurales, zurückgebliebenes, von der europäischen Entwicklung isoliertes Spanien „erfunden“, so rückten die jüngeren nun das alternativ-liberale, das (wenn auch mit manchen Verzögerungen und Abweichungen) schon immer europäische Spanien in den Mittelpunkt der Untersuchungen. Heute geht es nicht mehr um die Beantwortung der Frage, warum die spanische Entwicklung ein Fehlschlag war – da dieses Sonderwegparadigma inzwischen als Mythos decouviert wird –, sondern warum sie erfolgreich ist³⁰.

Natürlich blieb auch diese Neuinterpretation der spanischen Geschichte nicht unwidersprochen. Ohne die überholte Sonderwegsthese wieder in die Diskussion zu bringen, verweisen Kritiker der Normalisierungsthese auf jene Faktoren, die einzigartig für die spanische Entwicklung sind, so daß man sie auch weiterhin als Beleg für eine gewisse „Anormalität“ der Entwicklung zitieren könne. Hierzu gehörten etwa die Schwäche des spanischen Liberalismus im 19. Jahrhundert und die im europäischen Kontext beispiellose Dominanz des Militärs im zivilen und politischen Leben des Landes; die Fortdauer der antiliberal-absolutistischen Bewegung des Karlismus, der im 19. Jahrhundert mehrere Bürgerkriege auslöste

³⁰ Zur Neu-Interpretation vgl. Walther L. Bernecker, *Spanische Geschichte. Von der Reconquista bis heute*, Darmstadt 2002.

und bis 1936 von Bedeutung blieb; der außerordentlich schwache „nation-building-Prozeß“ im 19. Jahrhundert, der kein spanisches Nationalprojekt hervorbrachte, vielmehr zu alternativen nationalistischen Bewegungen in der Peripherie des Landes (Katalonien, Baskenland) führte, die in ihren Regionen zu den führenden politischen Kräften wurden; der Verlust des immensen Kolonialreiches (1810–1824 und 1898) zu einem Zeitpunkt, als die anderen europäischen Mächte imperialistisch ausgriffen – ein Verlust, der zu einem nahezu vollständigen Bedeutungsverlust Spaniens in der internationalen Arena und nach 1898 außerdem zu einer schweren Identitätskrise des Landes führte; schließlich das jahrzehntelange Bestehen des autoritären, in seinen Anfängen faschistischen Franco-Regimes, das aus einem blutigen Bürgerkrieg hervorging, für lange Zeit die Spaltung des Landes perpetuierte und schließlich die europäische Integration Spaniens bis zum Ende des 20. Jahrhunderts verzögerte.

Obwohl die Auseinandersetzung über diese Aspekte in der spanischen und internationalen Historiographie anhält, setzen sich die „Normalisierungsthese“ immer deutlicher durch. Die spanische Demokratie bedarf nicht nur der Bestätigung durch die Wähler, sondern auch der historischen Legitimierung. Und dieser Legitimierung dient der Paradigmenwechsel, weshalb auch historische Werke zum 19. Jahrhundert eine unmittelbar zeitgeschichtliche Bedeutung haben.

Wenn die politische Realität des vergangenen Vierteljahrhunderts die „Normalitäts“-These durchaus zu stützen scheint, so fungierte die sozial- und geschichtswissenschaftliche Darstellung der Transition als *success-story* zugleich auch als eine wichtige Argumentationsressource für die Diskurse der politischen Öffentlichkeit. Eine konsensfähige „Tradition“ zur Begründung der parlamentarischen Demokratie stand ja nicht zur Verfügung, weshalb neue Bilder erforderlich wurden, die nun die Transition selbst lieferte: die nationale Versöhnung, die Protagonisten des Übergangsprozesses, die volkstümliche Monarchie, die Verfassung als Konsens aller Parteien, die symbolische und institutionelle Rückkehr Spaniens nach Europa. Die Transition und ihre Symbolbilder avancierten zum Fluchtpunkt nicht nur für das Selbstverständnis des neuen Staates, sondern auch für das historische Bewußtsein vieler Spanier³¹. Entscheidenden Anteil an der Konsolidierung eines positiven Bildes dieser Periode haben dabei nach Meinung von Víctor Sampedro und Raquel Saiz Tomé die Massenmedien. Ihrer auf Umfragen gestützten Untersuchung zufolge habe insbesondere das Fernsehen eine Art staatsbürgerkundlicher Mission erfüllt, indem es bestimmte Urteile über die jüngere Geschichte in systemstabilisierender Weise durch mannigfache Wiederholung im Bewußtsein der Bevölkerung verankert habe. Einen besonderen Platz auf dieser „kognitiven Landkarte“ der Transitionsepoche nehmen auch der König und sein Regierungschef Adolfo Suárez ein, die den Übergang gleichsam personifizieren, während ihre ursprünglichen Verbindungen zur Diktatur bei der Mehrzahl der Befragten völlig in Vergessenheit geraten sind³².

³¹ Vgl. Víctor Pérez Díaz, *La emergencia de la España democrática*.

³² Während König Juan Carlos offiziell als Nachfolger Francos sein Amt antrat, hatte Adolfo Suárez bis zu seiner Berufung in das Amt des Regierungschefs als Generalsekretär die ursprüng-

Obgleich diese Analyse für die große Mehrheit der spanischen Bevölkerung zutrifft, ist nicht zu übersehen, daß das Bild der Transition in bestimmten Landesteilen von einer deutlich anderen, oft zwischen Skepsis und Ablehnung schwankenden Haltung bestimmt ist. Dies gilt insbesondere für jene Regionen, in denen wie in Katalonien und im Baskenland eine starke nationalistische Partei den politischen Ton angibt. Während dort die Erinnerung an die franquistische Diktatur als Urerfahrung einer nicht nur politischen, sondern vor allem auch ethnisch-kulturellen Verfolgung wachgehalten wird, richtet sich die positive Aneignung der Transitionsperiode danach, ob und in welchem Maße die neue Demokratie die politischen Forderungen der Nationalisten zu erfüllen vermochte. Der militante baskische Radikalnationalismus, der in seiner Bedrohungsperzeption offenkundig bis heute nicht zwischen Diktatur und Demokratie unterscheiden will, nimmt in dieser Hinsicht zweifellos die Extremposition ein. In diesem Zusammenhang ist in der Literatur die Rede von regional unterschiedlichen historischen Gedächtnissen als möglichem Weg zu einer kritischen Auseinandersetzung mit der Franco-Diktatur³³. Am Beispiel der stark nationalistisch geprägten Regionen wird deutlich, daß die identitätsstiftende Kraft der Transition begrenzt ist und daß vor allem die verdrängten Jahrzehnte der Diktatur weiterhin ihren Platz im kommunikativen Gedächtnis haben.

Schlußbemerkung

Läßt sich insgesamt von einer geglückten Transition sprechen? Zweifellos war die institutionelle Transformation erfolgreich, Spanien kehrte in kürzester Zeit nach fast vierzigjähriger Diktatur auf den westeuropäischen Weg zurück. Voraussetzung dafür, daß dieses von der großen Mehrheit der Spanier begrüßte Ziel erreicht werden konnte, waren die Pakte zwischen der reformbereiten franquistischen Elite und der neuen Opposition, die freilich eine Tabuisierung der diktatorischen Repression zur Folge hatten. Lange Zeit war die spanische Gesellschaft bereit, diesen Preis zu zahlen; erst neuerdings, ein Vierteljahrhundert nach der Transition, wird der Schweigekonsens aufgebrochen. Verbunden mit dem Wunsch nach einer historischen Herleitung der Demokratie und einer Uminterpretation der Geschichte artikuliert sich immer stärker das gesellschaftliche Bedürfnis nach Aufarbeitung der dunklen Phasen des Franquismus. In diesem Bereich ist die Transition noch lange nicht beendet, sie steht vielmehr erst an ihrem Anfang.

lich faschistische Staatspartei Falange geführt. Vgl. Víctor Sampedro/Raquel Saiz Tomé, Consumo de medios de comunicación y memoria histórica, <http://interculturalcommunication.org/pdf/sampedrosaiz.pdf> (06. Mai 2003).

³³ Vgl. Ignacio Sotelo, Vergangenheitsbewältigung: Spanien ein unpassendes Beispiel, in: Klaus Sühl (Hrsg.), Vergangenheitsbewältigung 1945 und 1989. Ein unmöglicher Vergleich?, Berlin 1994, S. 44–57.